

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Zwischen Pakistan und Vietnam

Vor zehn Jahren entwarf eine Gruppe amerikanischer Soziologen — die meisten waren vom Pentagon finanziert — die Theorie, daß Entwicklungsländer ihren komplexen und schmerzvollen Prozeß der sozialen Modernisierung am ehesten mit Hilfe eines Militärregimes durchlaufen könnten. Die Gründe dafür: Das Militär sei eine neue herrschende Klasse, die den Widerstand der traditionellen herrschenden Klasse der Landbesitzer brechen könne. Die Armeen in unterentwickelten Ländern seien demokratische Institutionen, die zumeist von den Söhnen kleiner Bauern oder Ladenbesitzer geführt würden. Weiter: Die Armee bediene sich moderner Methoden, die sie geeignet machten für eine schnelle Entwicklung ihrer Länder. Und, der Beruf des Soldaten fördere das Verständnis für ein nationales Ziel, für Organisation und eine selbstlose Anständigkeit. Aus all diesen Gründen sei das Militär zur Herrschaft besser geeignet als jede andere Gruppe.

Als Beweise dafür galten die Regimes *Kemal Atatürks* und *Gamal Abdel Nassers*. Diese Länder sind jedoch relativ homogen in ihrer Bevölkerung und haben ein zusammenhängendes Territorium. Die Militärregimes Syriens

und des Irak scheiterten bisher an der ethnischen Vielfalt ihrer Bevölkerung, die Armee repräsentierte nur eine Minorität, jeweils eine religiöse Sekte. *Ayub Khan* in Pakistan, zweifellos ein bedeutender Soldat und Staatsmann, hat den letzten Beweis dafür geliefert, daß Militärregimes in unterentwickelten Ländern, die meistens in sich sehr wenig homogen sind, nur dann erfolgreich regieren können, wenn sie sich auf eine breite Basis nationaler Gruppierungen stützen. (*International Herald Tribune*, 1. 4. 1969.)

Zehn' Jahre lang galt das *Militärregime Pakistans* als vorbildlich. Dennoch hat *Ayub Khan* es nicht vermocht, sich eine populäre Grundlage zu schaffen. Sein indirektes Wahlsystem der „Basic Democracy“ wurde von den Reichen ausgenutzt, um sich Stimmen zu kaufen. Durch diese Kombination der Interessen der reichen Bauern und des Staates, der von der Loyalität dieser Wahlmänner abhängig war, gewann *Ayub* die Wahl im Jahre 1965. Die Opposition, die ebenfalls keine Unterstützung seitens der armen und landlosen Bauern hatte, litt unter der Drohung physischer Sanktionen. Jetzt hat sich die Unzufriedenheit in den Städten über das Nebeneinander extremen Reichtums und äußerster Armut entladen. 20 Familien besitzen 66 vH des Industrievermögens, 79 vH der Versicherungen und 80 vH der Banken. Die Ungleichheit verstärkte sich, als die Löhne den steigen-

den Preisen nicht folgten. Dazu kam die regionale Ungleichheit. Das am meisten zurückgebliebene Ostpakistan mit 55 vH der Landesbevölkerung und einem großen Exportanteil durch Juteanbau wird von einer mehrheitlich westpakistanischen Verwaltung regiert. Seit der ehemalige Außenminister *Bhutto* und der Luftmarschall *Asghar Khan* die Führung der Opposition übernommen haben, haben sie die unzufriedenen städtischen Mittelschichten gewonnen. Die Studenten haben den Anstoß gegeben, ihnen sind Arbeiter und städtische Arme gefolgt. Irgendwann werden auch die sozialen Spannungen auf dem Lande zur Explosion drängen. (*New Statesman*, 14. 2. 1969.)

Es wird oft davon gesprochen, daß die Politik der *Apartheid* im Zuge einer Industrialisierung allmählich verdrängt werde; je mehr die *südafrikanische Ökonomie* expandiere, um so größer werde notwendigerweise der Anteil der Afrikaner daran sein. Dies ist aber eine romantische Theorie, wenn man die Tatsachen ansieht. Die geschichtliche Erfahrung in Südafrika zeigt, daß die Industrialisierung, weil sie von der Politik der *Apartheid* geführt worden ist, die Rassentrennung eher verstärkt als abgeschwächt hat, die Beziehungen zwischen den Rassen verschlechtert hat. Im Gesetz wird der afrikanische Arbeiter nicht als „Angestellter“ definiert, er ist ausgeschlossen vom normalen Prozeß des gemeinsamen Geschäftes. Seine Gewerkschaften sind zwar nicht verboten, aber gesetzlich nicht anerkannt. Bei jeder nur möglichen Gelegenheit versucht die Regierung, seinen Status als Stadtbewohner in den eines wandernden Arbeiters herunterzudrücken, ohne Recht auf Wohnsitz und Anstellung im weißen Sektor — der offizielle Begriff des „zeitweiligen Gastes“ umschreibt genau seinen Status. Angenommen, eine prosperierende Wirtschaft schaffe bessere Arbeitsplätze und sogar Regierungsbeteiligung für Afrikaner, dies würde sofort unendliche Erwartungen und eine Aufstauung der Unzufriedenheit zur Folge haben, die aber nicht eine politische Integration der Schwarzen zum Ziel haben würde, sondern den Traum eines „afrikanischen Heimatlandes“. Und das ist in absehbarer Zeit ebenso unrealistisch wie ein erfolgreicher Aufstand gegen die Regierung. Ich glaube, es wird eher zu einer Umstrukturierung weißer Politik kommen, als zu irgendeiner Umstrukturierung weiß-schwarzer Politik. (*New Statesman*, 14. 2. 1969.)

In der Hauptstadt der USA wird der Konflikt zwischen Politikern und Wissenschaftlern von Jahr zu Jahr komplizierter. Das zeigen die Ereignisse der letzten Tage. Der erfolgreiche Flug von Apollo 9 genau in dem Augenblick, in dem die Regierung *Nixon* über die

Kontrolle militärischer Waffen diskutiert, wirft grundlegende Fragen unter den wichtigsten Beratern des Präsidenten auf. Wenn die Raumexperten in Houston den Flug ihrer drei Astronauten so gut steuern konnten, so können sie ebenso sicher Atomwaffen auf jede beliebige Stadt der Erde werfen. Da dazu nicht nur die USA, sondern auch die Sowjetunion und andere Länder in der Lage sind, ergeben sich unmögliche Probleme der Verteidigung.

Die Offiziellen im Weißen Haus, im Außen- und Verteidigungsministerium beobachten gebannt die Landung der Astronauten auf dem Meer und denken dabei daran, was der Präsident morgen über die Einführung des Antiraketensystems sagen wird, obwohl die meisten von ihnen wissen, daß kein in Frage kommendes System, was es auch kosten mag, tatsächlich Sicherheit vor interkontinentalen oder Raumraketen bieten kann. Man interessiert sich in Washington für die Politik mit den Raketen, aber nicht für die Realität. Wenn die Leute Angst haben vor einem Angriff von Interkontinentalraketen, dann werden wir ihnen ein Antiraketen-System geben, sogar, wenn es nicht funktioniert und das Geld dafür von den Problemen der Städte abgezogen wird. Washington ist fasziniert von der Präzision der Wissenschaftler und taumelt gleichzeitig durch die Ungenauigkeiten der Politik in der Hoffnung, daß die Landung im Nebel stattfindet.

(*James Reston in der New York Times*, 14. 3. 1969.)

Noch vor seiner Wahl zum Chefberater des Weißen Hauses schrieb *Henry Kissinger* über *Vietnam*: Was ist falsch gewesen? Das Grundproblem war die Konzeption, traditionelle Grundsätze der Strategie und der „Bildung einer Nation“ auf eine Situation anzuwenden, auf die es nicht paßte. Die amerikanische Strategie basierte auf dem Gewinn von Territorium und der Zermürbung des Gegners. Sie hat dabei übersehen, daß der Guerillakrieg in erster Linie auf die Gewinnung der Bevölkerung aus ist. Kein positives Programm kann Erfolg haben, solange sich die Bevölkerung vor Terror unsicher fühlt. 80 vH der US-Streitkräfte sind in Gebieten konzentriert, wo weniger als 4 vH der Bevölkerung leben. Die USA könnten nicht gleichzeitig Gebiete halten und die Bevölkerung schützen. Ihr militärischer Erfolg konnte nicht in einen politischen Vorteil umgewandelt werden, nicht einmal die Infiltration durch laotische und kambodschanische Dschungel konnte verhindert werden. Wir beabsichtigten physische Zermürbung, während unsere Gegner die psychologische Zermürbung anstreben. Wir haben nicht beachtet, daß der Guerilla gewinnt, wenn er nicht verliert. Die konventionelle Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt.

(*New York Times*, 22. 12. 1968.)